

Lüdenscheider Zeitung

Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Lüdenscheid.

Amtlicher Anzeiger für den Kreis Altena.

Fernsprecher: 98. — Telegramm-Adresse: Zeitung.

Druck und Verlag von Karl Sasse, Lüdenscheid, Friedrichstraße 91. — Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Lehner, Lüdenscheid.

Nr. 267.

Mittwoch, 14. November 1923.

56. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage.

Der ehemalige deutsche Kronprinz ist gestern Abend 6 Uhr im Auto von Breslau kommend, in Dels eingetroffen.

Die Besprechung mit den Ländern und den besetzten Gebieten begann gestern Vormittag um 10 Uhr in der Reichslanzelei. Die Aussprache war notwendig geworden durch die finanzielle Lage des Reiches und durch die Weigerung der Besatzungsbehörden, das Wirtschaftsleben in den besetzten Gebieten wieder in Gang zu bringen.

Die der „Vorwärts“ meldet, hat Reichspräsident Ebert den Reichskanzler zum Freitag einberufen. Es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstages zum nächsten Dienstag beschließt.

Die belgische Meldung, daß der ehemalige deutsche Kaiser das Asyl nach Deutschland erhalten habe, ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

Die gesamte Londoner Presse ist ausschließlich von der innerpolitischen Lage in Anspruch genommen. Die Wiedervereinigung der beiden liberalen Flügel am Vorabend der Neuwahlen findet große Beachtung. Dieser „dramatische Beschluß“ wurde gestern auf einer Zusammenkunft zwischen Asquith, Lloyd George, Simons und Sir Mond erzielt.

Amtliche Kurse am 13. November:

Dollar: 842 100, Goldanleihe 840, Dollarkurs —

„Der unpopulärste Mann in München.“

München, 13. Nov. Wie nachträglich bekannt wird, kam es zu Kundgebungen vor dem Erzbischöflichen Palais, weil man Kardinal Faulhaber beschuldigt, Herrn v. Kahr zu seiner Politik anspornt zu haben. In der Expedition der Münchener Neuesten Nachrichten, welche diese Politik verteidigen, wurden die Fenstersteine zertrümmert und die Pfadfinderschützen zerschlagen.

Die Münchener-Augsburger Abendzeitung versucht das Volk zu empfinden, wie folgt zu erklären und zu schildern:

Herr v. Kahr ist heute so ziemlich der unpopulärste Mann in ganz München. Der Name, der bis zum 9. November in vaterländischen München in Programmen bedeutete, unter dem sich viele Hoffen, die nationale Einigung vollziehen und der deutsche Gedanke über Bayern hinaus getragen werden sollte, wird heute in der Öffentlichkeit mit Haß und Verachtung genannt. Der Generalkommissar habe sein Wort gebrochen, heißt es. Er sei dem Manne in den Rücken gefallen, mit dem er sich am Abend des 8. November vor allem Volk durch Handschlag verbunden habe. Nicht anders spricht man von General v. Lossow und dem Oberst v. Seißer. Wenn diese drei Männer am Samstag vor der Presse ihre Handlungsweise verständlich zu machen versuchten, so sieht doch der Mann von der Straße das alles ganz anders. Ihm wäre es verständlich gewesen, wenn Kahr „nein“ gesagt hätte. Er muß die Erklärungen, die Kahr, Lossow und Seißer im Bürgerbräukeller abgaben, als Zustimmung auffassen und hat den Eindruck, daß eine Fehlleistung begangen worden sei. Warum hat sich Kahr nicht verhaften lassen? Dann wäre er ein ehrlicher Mann geblieben, und wir könnten an ihn glauben; Hitler aber hätte sich gegen Kahr nicht durchsetzen können. Das ist der Punkt, über den viele nicht hinwegkommen. Wortbruch hier, Wortbruch dort; und beide Male aus denselben Motiven. Denn wer will bestreiten, daß Hitler in höchstem Staatsinteresse zu handeln überzeugt war? Wer kann sich des Eindruckes erwehren, daß der Mann sich berufen fühlte zu einer Tat zur Rettung des Vaterlandes?

Die amtliche bayerische Staatszeitung schreibt: Die Erregung der Bevölkerung dauert unvermindert an und zeigt sich insbesondere im Straßenbild, das zuweilen an die Lage der Eisengießerei Revolution und der Hüttenwerke erinnert. Dazu ist zu bemerken, daß gegenüber der Rätezeit insofern eine große Verschiedenheit besteht, als das Publikum, welches sich an den derzeitigen Kundgebungen beteiligt, die besten Elemente des Bürgertums in sich schließen dürfte.

München, 12. Nov. Gegenüber anderslautenden Gerüchten äußert sich eine halbamtliche Mitteilung wie folgt: Die Ausweisung lästiger Ausländer, insbesondere bedenklicher ostjüdischer Elemente, wird fortgesetzt.

Die Abgabe Kahrs an Hitler und Lubendorf.

München, 13. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Vielfach wird das Gerücht verbreitet, daß General Lubendorf am 9. November noch am Mittag nichts davon gewußt habe, daß Kahr, Lossow und Seißer mit der Reichswehr und der Landespolizei gegen den Hitlerputsch ständen. Demgegenüber wird vom Wehrkreiskommando amtlich festgestellt: Oberst Leupold, der in der Infanterieschule am 9. November gegen 5 Uhr morgens dem General Lubendorf und Hitler persönlich mit Kahr, Lossow und Seißer hielten sich an ihre Zusage im Bürgerbräukeller nicht gebunden, weil sie unter Zwang abgegeben war. Die 7. Division steht nicht hinter Hitler und wird nötigenfalls mit Gewalt die Ordnung wiederherstellen. Hierzu sind auch Truppen herangezogen worden. Diese Mitteilung ist im Auszuge zwischen 12 und 1 Uhr nachts telefonisch an die Infanterieschule gekommen und ihm (dem Obersten Leupold) von General Lossow persönlich bestätigt worden. General Lubendorf und Hitler erlitten den Obersten Leupold, den General v. Lossow umzustimmen, wobei Hitler betonte, daß er zu

kämpfen und zu sterben bereit sei. Oberst Leupold erwiderte, daß er an eine Aenderung des Entschlusses des Generals v. Lossow nicht glaube. Die Truppen würden dann von ihrem Führer befohlen. Er würde wiederkommen, wenn Lossow es für nötig halte. Gegen 6 Uhr vormittags wurde General v. Lossow gemeldet, bei dem sich Kahr und Seißer befanden, und erlittete seine Mitteilungen an General Lubendorf und Hitler. Demnach haben General Lubendorf und Hitler am 9. November nachmittags gegen 6 Uhr durch einen Obersten der Reichswehr Kenntnis davon erhalten, daß die Fortsetzung ihrer Pläne zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen müsse.

Die deutschvölkische Bewegung.

Deutschvölkische Kundgebungen in Charlottenburg. Kundgebungen für Lubendorf und Hitler.

Berlin, 14. Nov. Der „Deutsche Herold“ hatte es am gestrigen Dienstag, obwohl eine ähnliche Versammlung schon in der verflochtenen Woche verboten worden war, seine Mitglieder nach dem Hohenzollernpark einberufen, wo der Reichstagsabgeordnete Wille sprechen sollte. Die Polizei hatte das Lokal schon vorher besetzt und versuchte, die ankommenden deutschvölkischen Versammlungsbefucher zu zerstreuen. Ihrer Aufforderung wurde jedoch keine Folge geleistet. Gegen 7 Uhr abends hatten sich etwa 600 bis 700 Personen angesammelt, die stürmisch Einlass begehrten. Die Polizei geriet zeitweilig in eine bedrängte Lage, so daß der diensthabende Offizier schließlich das Seitengewehr aufpflanzen ließ. Die Polizeikräfte waren jedoch zu schwach, um gegen die sich ständig vergrößernde Menge vorgehen zu können. Die Demonstranten wichen schließlich auf den Wilhelmplatz zurück, wo kurze Ansprachen gehalten wurden, die in Hochrufen auf Lubendorf und Hitler endeten. Die Menge sang dann die Nacht am Rhein, Heil dir im Siegerkranz und schließlich ein antisemitisches Lied. Man hörte Ausrufe wie: Nieder mit der Judenregierung und: Schlagt die Juden tot. Da die Stimmung immer bedrohlicher wurde, rief der Kommandeur der Polizeitruppen im Hohenzollernpark schließlich weitere Verstärkungen zur Hilfe. Die Säuler am Wilhelmplatz wurden von den Bewohnern geschlossen, da man weitere Ausschreitungen befürchtete. Die eintreffenden Polizeikräfte vermochten anfangs nicht, die Menge zu zerstreuen, und erst, als man das Seitengewehr aufpflanzte, wich die Menge unter lauten Drohungen in die Seitenstraßen zurück. Die Kundgebungen dauerten bis gegen 9 Uhr abends an.

Verbot des „Deutschen Tageblattes.“

Berlin, 14. Nov. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General von Seekt, hat auf Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bis auf weiteres Verbotung und Verbot des „Deutschen Tageblattes“, das in seiner Nummer vom Dienstag die Reichswehr zur politischen Stellungnahme und zum Ungehorsam aufgefordert hat, verboten. Das Verbot gilt auf jede Zeitung, die als Ersatz für die verbotene neu herausgegeben wird.

Eine Erklärung des Jungdeutschen Ordens.

Berlin, 12. Nov. Die Leitung des Jungdeutschen Ordens hat erklärt, daß die Abteilungen, welche in Koburg unter dem Namen des Ordens auftraten, hierzu keine Berechtigung haben. Die seit geraumer Zeit vom Orden ausgeschlossenen Führer Johnsen und Dietrich haben sich in keiner Weise der Ordensdisziplin gefügt und nur den Anordnungen der Ordensleitung zuwider gehandelt, indem sie ausgeschloffen wurden. Die Bruderschaften in München und zahlreiche Einheiten Frankens sind in den Jungdeutschen Orden wieder eingetreten bzw. bei ihm verblieben, da sie sich rücksichtslos hinter die Ordensleitung gestellt haben. Der Orden erklärt öffentlich, daß er mit den Handlungen der genannten Herren nichts zu tun habe. Die Leitung fordert alle Angehörigen des Ordens auf, nur den von ihr gegebenen Weisungen Folge zu leisten.

Ausklänge des Hitlerputsches.

Zur Klärung der Putschschichte.

München, 12. Nov. Die Blätter veröffentlichten ein erst jetzt bekannt gewordenes Schreiben des militärischen Führers des Kampfbundes, des Oberleutnants Griebel, in dem dieser den Kampforganisationen mitteilt, daß von Kahr bereits in Besprechungen am 6. November durch den Land-Kommandanten und durch Oberst Seißer klar und unzweideutig erklärt ließ, daß er fast entschlossen sei, gegen jeden Verband, der aus sich selbst heraus einen gewalttätigen Umsturz herbeizuführen suche, mit Waffengewalt vorzugehen. Die Leitung der Kampfbünde, die militärisch unter Kahr und politisch unter Hitler standen, wußten also ganz genau, was bevorstand, als sie am 9. November ihre Gefolgschaft vor die Residenz führten.

Sitzung des bayerischen Ministerrats.

München, 13. Nov. Gestern nachmittag hat sich ein Ministerrat mit der durch die Vorgänge der letzten Tage geschaffenen Lage beschäftigt. Auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hielt eine Sitzung ab. Ueber die gestrige Besprechung von Vertretern

Zur Verhaftung Hitlers.

München, 13. Nov. Zur Verhaftung Hitlers, die nunmehr auch in München bestätigt wird, erzählt die „Münch. Augsb. Abendztg.“ aus zuverlässiger Quelle, daß am Sonntag, 11. Nov. General Lubendorf ein Schreiben an Hitler geschickt hat mit der Aufforderung, sich zu ergeben. Die Verhaftung ist durch die Landespolizei in der Villa Hanfstaengl in Offing vorgenommen worden. Hitler wurde noch am gleichen Abend im Automobil unter Bewachung abtransportiert. Er ist dadurch verwundet worden, daß er beim Hinwerfen während der Salve der Regierungstruppen eine Kugel in der Schulter erlitten hat.

der Kampfbünde mit Generalstaatskommissar v. Kahr ist eine amtliche Meldung nicht ausgegeben worden.

München, 13. Nov. Bei der gestrigen Besprechung v. Kahrs mit Vertretern der vaterländischen Kampfbünde betonten diese die unbedingte Notwendigkeit, daß Herr v. Kahr die vollziehende Gewalt übernehmen müsse. Ferner wurde von den vaterländischen Verbänden Anträge für alle Vergehen gegen den Staat verlangt, die anlässlich des Putsches begangen wurden. Da aber ein solches Verlangen solange nicht aktuell ist, als überhaupt Beurteilungen noch nicht vorliegen, wurde von einer weiteren Erörterung dieser Frage abgesehen.

Hochverratsverfahren gegen die Münchener Rutschisten.

München, 13. Nov. Die „Münch. Augsb. Abendztg.“ meldet aus Berlin: Obwohl die bayerische Regierung die Aburteilung der Münchener Rutschisten vom 8. November vor dem Sondergericht in München in die Wege geleitet hat, ist gestern vom Reichskabinett der Auftrag an den Oberreichsanwalt auf Eröffnung des Hochverratsverfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig ergangen. Das Verfahren des Reiches gründet sich auf die Erklärung der Hitlerleute von der Absetzung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Die Hitlerleute in Ungarn.

Budapest, 12. Nov. In Zusammenhang mit der Main-Affäre hat die Polizei Sonntag den bayerischen Handlungsgeschäftsführer Drehmel, dessen Name auf dem sogenannten Staatsvertrag zwischen Bayern und Ungarn als diplomatischer Repräsentant stand, sowie die Privatangehörigen Göl und Bilar der Staatsanwaltschaft eingeliefert.

Budapest, 12. Nov. Der wegen geplanten Umsturzes der staatlichen Ordnung neuerlich angeklagte feinerzeitige Generalkommandeur der Roten Armee, Strohfeld, wurde heute vom Staatsgerichtshof freigesprochen. Seine Mitangeklagten wurden zu Freiheitsstrafen von fünf Monaten bis zu drei Jahren verurteilt.

Admiral v. Tirpitz warnt.

München, 13. Nov. Die Kontre-Admiral a. D. Bollertshorn in den Münch. Neuesten Nachrichten teilt mit, daß er am 1. Nov. von Großadmiral v. Tirpitz einen äußerst besorgten Brief erhalten. Der Großadmiral beschwört ihn, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um eine gewalttätige Aktion der Kampfbünde zu verhindern. Großadmiral v. Tirpitz führte aus: Die nationale Sache steht hier zum besten. Auch Preußen ist auf dem Wege, das Joch des Marxismus abzutreiben. Die Weimarer Verfassung ist auf dem Wege, in föderalistisch-bismarckischen Sinne geändert zu werden. Wenn in diesem Augenblick die Kampfbünde es zu einem Zusammenstoß mit der Reichswehr im Norden, die geschlossen hinter v. Seekt steht, kommen lassen, so wäre die Wirkung geradezu katastrophal. Man darf einer natürlichen Entwicklung nicht gewalttätig vorgehen. — Admiral Bollertshorn hat diesen Brief sofort an die zuständige Stelle weiter geleitet. Herr v. Kahr war auch von anderer Seite genauestens über die Dinge im Staate informiert.

Beerdigung der Opfer.

München, 13. Nov. Die Opfer des Zusammenstoßes der Hitlerleute mit der Reichswehr vor der Residenz wurden heute auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt. Eine gemeinsame Beerdigung hatten die Behörden nicht zugelassen. Es waren umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Der Stadtrat veranstaltete heute vormittag eine Teilnahmekundgebung für die Opfer des Zusammenstoßes, bei der der Bürgermeister Schmidt den Familien der Gefallenen das Mitgefühl des Stadtrats ausdrückte.

München, 13. Nov. Bei einem Zusammenstoß zwischen Studenten und der Reichswehr vor der Universität wurde u. a. Professor Sauerbruch durch einen Kolbenanschlag auf den Kopf verletzt. Er mußte sich in ein Krankenhaus begeben.

Die Kronprinzenfrage.

Entente und Kronprinzenrückkehr.

Rom, 13. Nov. Das offiziöse „Vollaburo“ stellt fest, daß die Opposition der Entente gegen die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen, auch gegenüber der vollzogenen Tatsache, bestehen bleibt und durch einen Schritt der Botschafterkonferenz eine konkrete Form annehmen werde.

Eine Warnung der Times.

London, 13. Nov. Die „Times“ schreiben im Leitartikel, die Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland habe eine natürliche, jedoch stark übertriebene Erregung verursacht. Die niederländische Regierung habe keine Verantwortung

gegenüber den alliierten oder irgendwelchen anderen auswärtigen Regierungen für die sichere Ueberwachung d. s. deutschen Kronprinzen übernommen, und es sei daher unrichtig gewesen, daß die Alliierten es für notwendig gehalten, anscheinend auf die Initiative Großbritanniens hin einen feierlichen Appell nach dem Haag zu richten, die Abreise des Kronprinzen zu verhindern. Die alliierten Diplomaten hätten anscheinend nichts gelernt aus ihrer schmachvollen Forderung nach Auslieferung des früheren deutschen Kaisers im Jahre 1920. Sie exponierten sich in der Frage des deutschen Kronprinzen und setzten sich in der Frage der Wiederaufnahme der Arbeiten der internationalen Militärkontrollkommission einer unnötigen Demütigung aus. Wenn man an eine auswärtige Regierung Forderungen stelle, dann sollten es nur solche sein, denen wahrscheinlich nachkommen werde, oder die erzwingen werden könnten. Die beste Politik, die die Alliierten in der Frage des vormaligen deutschen Kronprinzen befolgen könnten, sei die, die Sache ruhen zu lassen.

Frankreichs Scharfmacher.

Paris, 13. Nov. Die Regierungen nehmen zum Teil einen scharfen Ton bei der Besprechung der Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland und der Frage der Wiederaufnahme der Kontrolle an. Der Matin schreibt, jetzt, wo der Kronprinz in Deutschland sei, d. h. in einem Lande, das verpflichtet sei, die Friedensverträge auszuführen, ändere sich die Lage. Es sei ausgeschlossen, es jetzt bei einer platonischen Note bewenden zu lassen. Ebenso sei es möglich, daß man die Weigerung der deutschen Regierung, die Rückkehr des deutschen Kronprinzen zu verhindern, in Verbindung bringe mit der Weigerung, die Sicherung der französischen Offiziere zu gewährleisten. Das seien zwei Ablehnungen, die in Verbindung mit einander stünden. Nach Ansicht des Matin müßten die alliierten Forderungen durch ganz bestimmte Sanktionen unterstützt werden. Man habe aber nur die Wahl zwischen der Befehlshaber neuer Städte und Gebiete auf der einen Seite und der Beschlagnahme verschiedener Reichseinnahmen an den Land- und Seegrenzen auf der anderen Seite. Die Sitzung der Völkerkonferenz werde von hervorragender Bedeutung sein. Der Matin hofft, daß es keinen Mißton unter den beratenden Teilnehmern geben werde. Der Weltfriede müsse ernst genommen werden. — Das Echo de Paris wünscht, daß der Kriegsgeschehnisse verurteilt werde. Was die Militärkontrollkommission angeht, so sei man auf französischer Seite entschlossen, es nicht bei dem vor drei Tagen erfolgten Schritt der deutschen Regierung bewenden zu lassen. Möglicherweise werde es nicht mehr möglich sein, die Militärkontrollkommission im gesamten deutschen Gebiete auszuüben, aber in diesem Falle dürften neue Garantien unerlässlich sein. Diese Garantien würden ohne Zweifel in der Beschlagnahme der Eisenbahnen östlich von Frankfurt bestehen, die Nord- und Süddeutschland verbinden.

Amerikas Haltung.

London, 13. Nov. Reuters meldet aus New York, Präsident Coolidge sei der Ansicht, daß die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten es der Regierung nicht ermöglichen würde, sich den alliierten Regierungen bei einem an Deutschland gegen die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen oder des ehemaligen deutschen Kaisers gerichteten Einspruch oder bei Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederherstellung der Monarchie anzuschließen.

Unbegründete Beforgnisse.

Die Furcht vor dem „Erläuterer“.

Paris, 14. November. Die Gerüchte aus holländischen und belgischen Quellen, die die bevorstehende Heimkehr des Kaisers nach Deutschland berichten, haben in hiesigen Kreisen begreifliches Aufsehen erregt. Wenn sich die öffentliche Meinung Frankreichs in der Beurteilung der Angelegenheit des ehemaligen deutschen Kronprinzen nicht unangenehm zeigt, so macht sie diesmal gegen eine evtl. Rückkehr des Kaisers nach Deutschland eintrachtig Front. Die Frage der Wiedererrichtung des Hohenzollernthrones werde so akut. Der „Temps“ meint gestern Abend, daß die Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron eine Herausforderung nicht nur an die Adresse Frankreichs, sondern auch an diejenige Englands und Italiens bedeute und daß der europäische Friede Gefahr laufe, da der Thron nur durch neue Siege gesichert werden könne. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbündeten in engem Einvernehmen Maßnahmen vorbereiten und beschließen werden. Am Quai d'Orsay ist man zurückhaltend und will genauere Nachrichten abwarten.

Verlorenes Paradies.

Roman von B. Niesel-Ahrens.

Amer. Copyright 1913 by Greiner u. Comp. Berlin W. 30.

3 Nachdruck verboten.

Maria Elber, Anneliesens früh verwaiste Cousine, die im Hause des verwitweten Onkels aufgewachsen war, hatte dem Erzeugnis amerkant zugehört.

„Darin kann ich dir nicht bestimmen, Anneliese; Holger ist ein berühmter Mann und als Künstler eine Natur, die mit anderem Maß gemessen sein will, als die Alltagsmenschen.“

„Das mag wohl richtig sein, trotzdem kann ich ihn nicht von einer gewissen Rücksichtslosigkeit gegen dich freisprechen, Maria. Nach meiner Ansicht war es nicht recht von ihm, euren Brautstand auf fünf Jahre auszudehnen und dich hier bei uns einem entbehrungsreichen Dasein zu überlassen, während er in München die schrankenlose Freiheit eines berühmten Künstlers genießen durfte. Und ob auch alle Urliche habe, ihm dankbar zu sein, daß er dich uns ließ, ist es mir doch unbegreiflich, daß du es wortlos über dich ergehen ließest.“

„Ihm ist die Freiheit jedenfalls das Kostbarste und der bindende Schritt besonders bedeutungsvoll“, sagte Maria, um deren Lippen sich die Schmerzenslinien um einen Schatten vertieft hatten, „ich darf doch auch nicht zur Hochzeit drängen, Anneliese! Und hat Holger nicht den April für unsere Trauung festgelegt, die auch stattgefunden hätte, wäre nicht das Unglück mit Erich über uns gekommen?“

In diesem Augenblick legte der bereits heftig wehende Märzwind noch stärker ein und trieb die Blüten mit solcher Gewalt gegen die Scheiben, daß diese erklinkten und die Mädchen bestürzt hinausliefen.

„Das schreckliche Wetter, und Vater und Angela befinden sich noch unterwegs!“

„Sie werden jedenfalls das Aufhören des Schneesturms in Elmsdorf abwarten“, tröstete Maria, indem sie sich anschickte, Anneliese beim Verschließen des Paketes zu helfen, als draußen an der Haustüre ein lautes Klopfen ertönte.

„Da sind sie schon, oder es ist Doje, unser Briefträger“, der rümpfte sie gerade zur rechten Zeit, um meine Arbeiten noch mitzunehmen.“

Schon nach wenigen Minuten kehrte Anneliese mit einer Handvoll Zeitungen und Briefen zurück.

„Einer aus Italien an dich, Maria natürlich von Simona, und dieser hier ist von Brüdner, an dich; — will er mich vielleicht zu noch größerer Eile antreiben? Nun, die Sachen sind ja unterwegs.“

Hier war das Ruwert schon abgerufen und Anneliese überflog die Seiten des Kunsthandbuchs, für dessen Geschäft in der Hauptstadt sie und Maria arbeiteten.

Keine Rückkehr des Kaisers.

Berlin, 13. Nov. An der Meldung, die belgische und französische Zeitungen nach dem Brüsseler soir bringen, daß dem Kaiser ein Paß zur Rückkehr ausgestellt worden sei, ist nach Versicherung von zuständiger Seite kein wahres Wort.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Poincare handelt auf eigene Faust.

Paris, 12. Nov. Ministerpräsident Poincare hat sich entschlossen, den Plan der Einberufung eines Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit auf sein Konto zu übernehmen. Er hat den französischen Vertreter in dem Wiederherstellungsausschuss, Louis Barthou, beauftragt, in der morgigen Sitzung des Wiederherstellungsausschusses den Antrag zu stellen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. In diesem Komitee sollen die Länder vertreten sein, die im Wiederherstellungsausschuss vertreten sind. In einer Mitteilung eines Mitarbeiters der Havasagentur, der eine Umfrage bei den beteiligten Kreisen angestellt hat, heißt es: Der französische Ministerpräsident weigert sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten.

Entscheidende Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 14. Nov. Die Reparationskommission ist gestern nachmittag 3 Uhr zu einer entscheidenden Sitzung im Hotel Aloria zusammengetreten. Sie hat beschlossen, daß die Vertreter der deutschen Regierung so schnell wie möglich vernommen werden sollen. Der genaue Zeitpunkt der Vernehmung wird nach Rücksprache mit der Kriegslastenkommission und dem Generalsekretär der Reparationskommission noch vereinbart werden. Die Vertreter des Reiches hätten sich nicht nur zu der Note vom 24. Oktober über den Antrag der deutschen Regierung auf Prüfung der Zahlungsfähigkeit zu äußern, sondern auch zu der Note vom 2. September betreffend die Einstellung der Naturalieferungen an die Alliierten. Nach dieser Vernehmung soll ein Sachverständigenausschuss gebildet werden, dem die Aufgabe obliegt, die gegenwärtige Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, um danach die Reparationsleistungen des Reiches für die Jahre 1924, 1925 und 1926 präzisieren zu können.

Politische Rundschau.

Der Ruf nach dem Reichstage.

Berlin, 13. Nov. — Im Reichstage tauchte heute der Verband der sozialdemokratischen Fraktion, der über den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages beriet. Die Sozialdemokraten haben den Wunsch, daß der Reichstag alsbald in die Lage gesetzt wird, die politische Lage zu erörtern. Der Fraktionsvorsitzende kam noch zu keinem endgültigen Beschluß. Von den Deutschnationalen ist bereits vor einiger Zeit im Reichstagenrat der Wunsch auf Einberufung des Reichstages geäußert worden. Rummer haben auch die Kommunisten einen solchen Antrag an den Reichspräsidenten gestellt. Angesichts des Verlangens mehrerer größerer Parteien wird der Reichstagenrat voraussichtlich am Freitag Entscheidungen treffen und es ist wahrscheinlich, daß am Dienstag nächster Woche das Plenum zusammentreten wird.

Eine Suche nach Hochverrätern.

Kottbus, 12. Nov. Wie die Blätter melden, unternahm die Schutzpolizei am Sonntag gemeinsam mit der Kriminalpolizei eine Aktion gegen Personen die im Verdacht stehen, hochverräterische Handlungen vorbereitet zu haben. Dabei wurden in einem Gasthof 3 auswärtige Personen festgenommen, von denen 2 als Kurlere bedeutende Summen, zum größten Teil Dollarnoten, bei sich führten, welche für die genannte Bewegung bzw. ihre Führer bestimmt waren. Es wurden dem Vernehmen nach an 235 Dollar beschlagnahmt. Im Zusammenhang damit wurde bei führenden Personen der SPD in Kottbus und in bekannten Versammlungen kalten Durchsuchungen abgehalten, wobei es zur vorläufigen Festnahme von 15 teilweise auswärtigen Führern der kommunistischen Jugend kam. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Umwidmung der englischen Regierung.

London, 13. Nov. Die Blätter melden übereinstimmend, daß die Auflösung des Parlaments noch in dieser Woche erfolgen, und daß die Neuwahlen in der ersten Dezemberwoche stattfinden werden. Der Parlamentsberichterstatter der Times schreibt, man könne zuverlässig sagen, daß das Parlament am Donnerstag vertagt

„Hochgeehrtes Fräulein!“

Zu meiner Freude befinde ich mich heute in der angenehmen Lage, Ihnen eine gute Nachricht mitteilen zu können: Ihre beiden Strahlbilder, die Sie mir vor längerer Zeit zum Verkauf einbrachten, haben endlich einen Liebhaber gefunden, und zwar in der Person des Herrn Geheimrats Falke, eines sehr reichen Mannes, der sehr geneigt scheint, die Bilder für den Preis von vierhundert Mark zu erwerben; er verspricht, sich nach einigen Tagen wieder bei mir einzufinden, da jedoch bekannt ist, daß ein solches Versprechen leicht vergessen wird, zumal in diesem Falle, — der gelehrte Herr Professor leidet nämlich hart an Zerkreuzung, — so möchte ich Ihnen raten, persönlich an ihn zu schreiben, nötigenfalls die geforderte Summe auch noch etwas herabzuschrauben.

Morgen trifft das Material zu einer größeren Ausstellung der Gräfin Dohm bei Ihnen ein, um deren möglichst prompte Erledigung ich dringend erlaube.

Hochachtungsvoll A. Brüdner.

Mit steigender Erregung hatte Anneliese zu Ende gelesen. Welch' frohe Ueberraschung, ein Käufer sollte für jene beiden Bilder gefunden sein, für die sie die Hoffnung fast schon aufgegeben, — das wäre eine Hilfe in der Not, die sie gerade jetzt wieder einmal recht drückend fühlbar machte!

„Weißt du, Maria, diese Summe bedeutet für uns ein kleines Kapital; um sicher zu gehen, reise ich nach Berlin und spreche selbst mit dem Herrn Geheimrat.“

„Tue das, Herz, ich will deine Stelle gern so lange vertreten“, entgegnete Maria, indem sie nun ihrerseits den erhaltenen Brief öffnete.

„Da will ich nur gleich nach meinem kleinen Koffer sehen“, sagte Anneliese und verließ das Zimmer.

Maria aber versenkte sich mit lebhafter Teilnahme in den Inhalt der Zeilen, welche ihre Freundin, Simona van Geert, die Schwiegertochter Onkel Arnuts und Witwe seines ältesten, im Seebienst verunglückten Sohnes Hendrik, an sie schrieb.

Rom, den 19. März 1894.

Meine geliebte Maria!

Wie gewöhnlich, komme ich heute, nach einer rastlosen Fahrt von der Schweiz bis hierher zum heiligen Rom, mit dem Bedürfnis zu dir, mein Herz auszuschütten, das nirgend mehr Ruhe und Befriedigung zu finden vermag.

Ich habe keinen großen Entschluß gefaßt, Modonna, ich kehre heim, und bleibe vorläufig natürlich einige Wochen bei Euch! Das planlose Umherirren in der Welt ist mir nachgerade unerträglich geworden, mir genügt nichts mehr, selbst die Kunst nicht, weil ich so anspruchsvoll geworden bin; eine Zeitlang betäubten mich wohl die großartigen Frauenschönheiten des Mittelalters, und der Duft der Orangenblüten berauschte mich, doch dem Rauche folgte die Ernüchterung und zugleich das unwider-

und dann sofort die Auflösung erfolgen wird. Wahltag werde entweder der Mittwoch, 5. Dezember, oder der Donnerstag, 6. Dezember, sein. Nach dem Berichterstatter der Times wurden dem endgültigen Beschluß gefaßt, um die Vereinigung der Regierung Baldwin-Chamberlain-Forne mit anderen ehemaligen Koalitionsministern herbeizuführen. Es verlautet, daß der Premierminister Lord Birkenhead einladen werde, in dem kommenden Wahlsitzung eine aktive Rolle zu spielen. Birkenhead und Chamberlain hätten dem Premierminister mitgeteilt, daß sie ihm jede Unterstützung gewähren würden.

Gedächtnissitzung für Bonar Law.

London, 14. Nov. Nach der offiziellen Sitzung im Unterhaus folgte gestern eine Gedächtnissitzung für den verstorbenen Ministerpräsidenten Bonar Law. Ministerpräsident Baldwin widmete dem Verbleiben des Toten für den Staat warme Anerkennung. Bonar Law habe sein Leben im Dienste seines Landes hingeweiht. Er habe sich nie von dem Verlust seiner Frau und seiner beiden Söhne erholen können. Aber wie schwer auch immer seine Arbeit in der Regierung gewesen sei, er habe nie eine Klage geäußert. Er habe wenig Illusionen gehabt, aber er, Baldwin, habe nie ein bitteres oder verletzendes Wort aus seinem Munde vernommen. Nach Baldwin sprachen die Führer der Parteien.

Baldwins Parlamentserklärung.

London, 14. Nov. An seine Antikörper, daß das Parlament am Freitag aufgelöst würde, knüpfte Ministerpräsident Baldwin in der gestrigen Sitzung des Unterhauses folgende Erklärung: Er sei in der Frage der Arbeitslosigkeit zu einem bestimmten Entschluß gekommen. Er sei fest davon überzeugt, daß dieser Entschluß das Richtige sei. Er könne es nicht mit sich verantworten, in seinem letzten Amt zu bleiben und das Land durch den Winter 1924-25 zu steuern, bevor er nicht von dem ihm vor Jahresfrist von Bonar Law persönlich auferlegten Gelübde befreit sei, daß in den fiskalischen Einrichtungen des Landes keine Veränderung getroffen werden solle. Es sei wesentlich, daß die Regierungswahlen recht bald vorgenommen werden, d. h. wenn das Land beschließen sollte, ihn von seinem Gelübde zu befreien und ihm ein Mandat zu geben, er in den nächsten Jahren diejenigen Budgetmaßnahmen vornehmen müsse, die notwendig seien. Die Neuwahlen würden in dieser Lage störend wirken, weshalb er es für seine Pflicht halte, das Parlament so schnell wie möglich aufzulösen.

Die Fiume-Frage.

Belgrad, 13. Nov. Nach Beilegung des Konfliktes mit Bulgarien wendet sich das Hauptaugenmerk der jugoslawischen Regierung der Frage von Fiume zu. Die Ursache für die Aufrollung dieser Frage ist augenblicklich folgende: Die Verhandlungen zwischen Belgrad und Rom geben weiter. Italien stellt seine neuen Forderungen außer den schon bekannten. Es ist unrichtig, wie einige Blätter behaupten, daß auf der Grundlage verhandelt werden solle, Italien solle Fiume erhalten, wofür Jugoslawien eine Grenzberichtigung in Slovenien erhalten solle. Auf dieser Grundlage wird Jugoslawien nicht verhandeln, sondern auf der Basis des Vertrages von Rapallo. In dieser Richtung werden die Verhandlungen auch geführt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Lösung der Fiume-Frage schon in den nächsten Tagen erfolgt.

Besprechungen in Berlin.

Berlin, 13. Nov. In der Reichskanzlei haben heute vormittag 11 Uhr die Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der Länder und Vertretern aus den besetzten Gebieten ihren Anfang genommen. Die Regierung erachtete die Besprechungen für notwendig wegen der Finanzlage des Reichs und wegen der Weigerung der Besetzungsmächte, im Benehmen mit der Reichsregierung oder zum wenigsten im Benehmen mit der Organisationskommission der Großindustrie das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet wieder in Gang zu setzen. Offenbar fühlt sich die Reichsregierung nicht in der Lage, der in ungeheurem Ausmaß anwachsenden Arbeitslosigkeit von sich aus finanziell entgegenzutreten zu können. Die Verhandlungen wurden über Mittag unterbrochen und heute nachmittag 3 Uhr fortgesetzt. Für heute Abend ist voraussichtlich ein Entschluß zu erwarten.

Keine Preisgabe des Rheinlandes.

Berlin, 14. Nov. Ueber die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die der Rheinlandsfrage gewidmet war, wird folgende Erklärung veröffentlicht: Gegenüber vielfachen, namentlich im Auslande verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen rheinischen Repu-

stische Heimwehr nach dem kräftigen Hatzgeruch meiner nordischen Tannen.

Ich fühle mich oft so alt und welk, Maria! Bei diesem Gedankensich sehe ich das wunderbare schöne Mädchen aus meinem Leben, edlen Antlitz und häre, wie Du sagst: Weltmüde mit vierundzwanzig Jahren! Und doch ist es so; während der drei Jahre meiner Wittwenhaft habe ich so viel durchlebt, und so wechselvolle Bilder an meinem unruhigen Flatterzettel überlagert, daß ich mir oft wie eine Vierzigjährige vorkomme.

Die Erinnerung an meinen geliebten Hendrik hat mich allerdings vor mancher Torheit bewahrt, sein Tod brachte mir die größte Leide des Lebens; bald nach ihm starb ein halbwüchsiger Onkel in New York, der mir ein bedeutendes Vermögen hinterließ, ich aber freute mich darüber kaum, ich war ein launenhaftes Wesen geworden, und häßte Du mir nicht zur Seite gestanden, Modonna, ich wäre heute zweifellos ein oberflächliches, kokettes Weib.

Wie lebe ich mich nach Dir, nach Euch ehrlich n, grabtinnigen Menschen! Ich fühle mich inmitten der Salonbesessenen, die mich überall umschwärmen, so grenzenlos vereinsamt; Du ahnst nicht, wie herzlos und berechnend sie alle sind.

Vor einigen Tagen sah ich in der deutschen Ausstellung die neuesten Gemälde von Holger Storm; er ist unlegbar ein großer Künstler, und ich freue mich darauf, ihn nun bald persönlich kennen zu lernen. Deshalb heiratet Ihr denn eigentlich nicht? In Deinem letzten Briefe, der mich Anfang Januar erreichte, erwähnst Du wenigstens noch nichts davon. Du siehst also nicht immer gebulbt in Eurem Arbeitszimmer, vom Abendsonnenlicht verklärt, wie ich Dich zuletzt gesehen, Stich um Stich mit der Nadel zu jenen entzückenden Gebilden, wie nur Du Deine wunderbaren Hände sie auf den Stoff zu zaubern wissen.

Grüße den Papa, Anneliese, sowie meine süße, kleine Angela, und sei Du tausendmal geküßt von Deiner ewig Dir getreuen

Simona van Geert.“

Maria hatte zu Ende gelesen und sah gedankenvoll in das tobenende Wetter hinaus. „Sie weiß noch nichts von dem Verlust meines Erbs und wird nun in ein Trauerhaus kommen, unsere schöne, glänzende Simona“, dachte sie. Zum Glück traf es sich, daß Holger Storm, der zum Besuche seiner betagten Eltern in Kiel gewesen, auf der Rückreise ein paar Tage in Lindenberg zubringen wollte, dadurch wurde Simona Unterhaltung haben, und der Freundin den Verlobten endlich vorstellen zu dürfen, erfüllte sie mit freudigem Stolz.

Fortsetzung folgt.

Der Kriegskorrespondent. „Damit beschäftigt sich unser Freund Emil augenblicklich.“ — „Er ist Kriegskorrespondent.“ — „Nanu? Es ist doch gar kein Krieg.“ — „Ne, das nicht, aber er hat eine schriftliche Auseinandersetzung mit seiner Schwiegermutter.“

ist bevocht, wird Regierung nach wie v Disziplin über eine von Rheinland und Reichsregierung w und niemals die Er Republik erteilen. Ländern, wie für je die Reichsverfassung

Aus der

Halle, 12. Nov. „Man verkehrt mit für Antworten und Legenheit der Regel wurde uns erklärt, Wir haben die Wirtu erklärte, man solle Man hat weiter gela zum nächsten Tage 3 Ich lehne es als de lassen, wann ich die Handelskassen.) Die sondern weitergegan

Der Reichstange Kronprinzen nach De stimmung der Verfam Frage nur eine deut zu tun mit dem Kam dem Standpunkt, daß gewesen sei und er f geäußert habe, gerade laubnis zur Rückkehr

Die Politik der dazu geführt, daß n werde, um die Dinge der Diktatur. Der Entschiedenheit jurid, Halle nicht national

Im weiteren Ver daß die Reichsregierung gegenüber andern Län gungen sei. Die Re den Büchsen der V Frage stellen: „Wann sich von marxistischem binnelt jemals unter s jetzige Situation kenn ariffen hat, daß es si möchte hat, verteidig Ich möchte das eine Ideen in Bezug auf d größter Hochkonjunkt

Der Deu

Beamt

Hagen, 12. Nov. hungert und friert, in entsetzlichen Folgen ein sondern furchtbare Wi der deutschen Beamten der Allgemeinheit, die verpflichtet, ihre Stim

Deutschlands dun

Zu dem unerbittl uns kaum noch atme des zu betreiben, gei die durch gewaltfame tische Führung und S Feinde, spekulieren auf zeit eingetretene Berm Wir, die wir mitt

der Inbegriff des Be and; wir sehen aber immer neue Methoden die vaterländische Not In dieser Schicksa gegenüber Volk und L

von der

daß sie mit fester Ha gestützt auf alle Volks führt und die Maßnah Chaos zu retten, die fassungsmäßige Zustä

von den Völkern

daß sie ihr volles Maß sie sich abheben von r rechnendem Goismus, Brüdern geben, was si beregeben, die furchtbare Ziele zu mißbrauchen;

von der

daß sie getreu ihrem Si der verfassungsmäßigen Treuhänder der Volks durch die Not der Zeit icken Berufsbeamtentum und Partei

Das deutsche Volk Land und Gemeinde in und Bedrängnis ihre V Wer nicht durch V Volk und Vaterland we jorge für Brot.

Technische

Berlin, 13. Nov. hundert Mann der tech weitere Herstellung der Reichsdrucker einen N sie hofft, daß in kürze ben melden werden.

Berlin, 13. Nov. ichienen Stellen der wurden Wagen mit Leb fende Polizei verbinde

ist beabsichtigt, wird von zukünftiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über eine Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses von Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals die Ermächtigung zur Ausrufung einer rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis des Rheinlandes zu den Ländern, wie für jede Änderung dieses Verhältnisses kann nur die Reichsverfassung maßgebend sein.

Aus der letzten Kanzlerrede.

Halle, 12. Nov. In seiner Rede sagte der Reichskanzler u. a.: „Man verkehrt mit Deutschland auf dem Wege der Griffseilung für Antworten und auf dem Wege des Diktats. In der Angelegenheit der Regelung des Eisenbahnverkehrs im besetzten Gebiet wurde uns erklärt, Deutschland habe vorbehaltlos anzunehmen. Wir haben erwidert: „Dann verhandeln wir nicht.“ (Weisfall.) Wir haben die Wirkung gespürt, indem man von der anderen Seite erklärte, man wolle nicht über den Rechtsstandpunkt diskutieren. Man hat weiter gesagt, die deutsche Antwort habe zu erfolgen bis zum nächsten Tage 3 Uhr nachmittags. Darauf habe ich erklärt: Ich lehne es als deutscher Reichskanzler ab, mir vorschreiben zu lassen, wann ich die Antwort gebe.“ (Stürmischer Weisfall und Handklatschen.) Die Verhandlungen sind nicht daran gescheitert, sondern weitergegangen.“

Der Reichskanzler kam dann auf die Frage der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland zu sprechen. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung stellte der Kanzler fest, daß diese ganze Frage nur eine deutsche Angelegenheit sei. Sie habe gar nichts zu tun mit dem Kampf um die Republik. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß der Wunsch des Kronprinzen zu unterstützen gewesen sei und er fügte hinzu, daß der Kronprinz den Wunsch geäußert habe, gerade vom Kabinett der großen Koalition die Erlaubnis zur Rückkehr zu erhalten.

Die Politik der fortgesetzten Unterdrückung habe im Reich dazu geführt, daß nach neuen Formen und nach Ideen geistert werde, um die Dinge zu meistern. Deshalb klinge der Ruf nach der Diktatur. Der Reichskanzler wies den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück, daß die Reichsregierung auch nur in einem Falle nicht national gehandelt habe.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte der Reichskanzler fest, daß die Reichsregierung nicht nur gegenüber Bayern, sondern auch gegenüber anderen Ländern bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Reichsregierung sei bereit, in einzelnen Fragen den Wünschen der Länder entgegenzukommen. „Ich möchte die Frage stellen: „Wann hat das Kabinett, das meinen Namen trägt, sich von marxistischem Geiste leiten lassen, und wann hat das Kabinett niemals unter marxistischem Einfluß gestanden?“ Was die jetzige Situation kennzeichnet, das ist, daß das deutsche Volk beargwöhnt hat, daß es sich kein Experimentieren gestatten kann. Ich möchte Marx verteilen, denn ich habe seine Schriften gelesen. Ich möchte das eine sagen, daß Marx die Durchführung seiner Ideen in Bezug auf die Sozialisierung sich gedacht hat in der Zeit größter Hochkonjunktur, aber nicht nach einem verlorenen Kriege.“

Der Deutsche Beamtenbund an Beamte und Nichtbeamte.

Hagen, 12. Nov. In einer Stunde, in der das deutsche Volk hungernd und friert, in der für weiteste Schichten des Volkes alle entsetzlichen Folgen einer Hungersnot nicht mehr Schreckensgepenit, sondern furchtbare Wirklichkeit geworden sind, hält die Vertretung der deutschen Beamten, die nach der Weimarer Verfassung „Diener der Allgemeinheit, nicht einer Partei“ sind, sich für berechtigt und verpflichtet, ihre Stimme zu einem lauten Mahnruf zu erheben.

Deutschlands dunkelster Tag scheint anbrechen zu wollen.

Zu dem unerbittlichen Druck unerbittlicher äußerer Gewalt, die uns kaum noch atmen lassen und hoffen, die Zerstörung des Reiches zu betreiben, gesellt sich politische Verblendung im Innern, die durch gewalttätige Umwälzung der Staatsform sich die politische Führung und Herrschaft anmaßt. Beide, äußere und innere Feinde, spekulieren auf die in fast zehnjähriger Kriess- und Notzeit eingetretene Zermürbung und Verwirrung des Volkes.

Ordnung und Brot

der Inbegriff des Verlangens der Massen unserer Volksgenossen sind; wir sehen aber auch, daß Egoismus und Mammonismus immer neue Methoden erfinden, sich den Pflichten zu entziehen, die vaterländische Not der Volksgemeinschaft auferlegt.

In dieser Schicksalsstunde drängt uns die beschworene Pflicht gegenüber Volk und Vaterland zu fordern:

von der verfassungsmäßigen Regierung,

daß sie mit fester Hand und ohne Zögern und falsche Rücksicht, gestützt auf alle Volkstreue, die guten Willens sind, das Steuer führt und die Maßnahmen trifft, das Volk aus Hungersnot und Chaos zu retten, die Einheit und Freiheit des Reiches und verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen und zu erhalten;

von den Volksgenossen aller Schichten und Richtungen,

daß sie ihr volles Maß an Pflichten übernehmen und erfüllen, daß sie sich abkehren von parteipolitischen Eigenbräuterei und von kühnen Egoismus, daß sie dem Reich und den hungernden Brüdern geben, was sie zum Leben brauchen und sich nicht dazu hergeben, die furchtbare Not des Volkes zur Erreichung politischer Ziele zu mißbrauchen;

von den deutschen Berufsbeamten,

daß sie getreu ihrem Eide die Verfassung vor jeder Gewalt schützen, der verfassungsmäßigen Regierung Treue und Gehorsam leisten und als Treuhänder der Volksgemeinschaft ihres Amtes walten, mit der durch die Not der Zeit doppelt gebotenen Hingabe, die dem deutschen Berufsbeamtentum stets eigen war, ohne Ansehen von Stand und Partei.

Das deutsche Volk soll wissen, daß die Beamtenschaft in Reich, Land und Gemeinde in der Stunde höchster gemeinsamer Gefahr und Bedrängnis ihre Pflicht kennt und tut.

Wer nicht durch Tun oder Unterlassen zum Verbrecher an Volk und Vaterland werden will, Sorge mit uns für Ordnung und Sorge für Brot.

Merke! vom Tage.

Technische Nothilfe in der Reichsdruckerei.

Berlin, 13. Nov. In der Reichsdruckerei sind bereits einige hundert Mann der technischen Nothilfe eingesetzt worden, um die weitere Herstellung der Rentenmark sicherzustellen. Ferner hat die Reichsdruckerei einen Aufruf an die Arbeitererschaft erlassen, von der sie hofft, daß in kürzester Frist sich viele Arbeiter in den Betrieb einmischen werden.

Das unruhige Berlin.

Berlin, 13. Nov. Auch gestern Nachmittag kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Plünderungen. Hauptplünderungen wurden Wagen mit Lebensmitteln überfallen. Die schnell eingreifende Polizei verhinderte größere Ausschreitungen. Ansammlun-

gen, zu denen es u. a. in Reinickendorf und Neukölln kam, wurden von der Polizei aufgelöst. Es sind wieder eine Reihe Verhaftungen vorgenommen worden. Bei einer Säuberungsaktion in der Tauentzienstraße, wo sich große Menschenmengen aus dem Scheunenviertel angesammelt hatten, um unerlaubten Devisenhandel zu treiben, wurden 6 Personen der Kriminalpolizei zugeführt.

Dringendste Notwendigkeit!

Düsseldorf, 11. Nov. Die Linksradikalen nützen schnell den Münchener Putsch für ihre Bearbeitung der Massen zur Errichtung einer sozialistischen Arbeiterregierung aus. Die Düsseldorf sozialistischen Parteien, die freien Gewerkschaften und der Allgemeine deutsche Beamtenbund riefen ihre Mitglieder, heute vormittag zu einer Kundgebung auf den Hindenburgwall zusammen. Hier predigten die Führer gegen Reaktion und Faschismus und für eine sozialistische Arbeiterregierung. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag eingebracht, den früheren Beschluß auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an General Ludendorff aufzuheben und den Namen der Ludendorffstraße in Straße der Republik zu ändern.

Ein blutiger Zwischenfall in Essen.

Essen, 12. Nov. Am Sonntagabend gegen 11½ Uhr wurden auf der Grafenstraße Vorübergehende von sechs bis sieben kettenträgen belgischen Soldaten mit gezogenem Seitengewehr angegriffen. Ein hinzukommender deutscher Polizeibeamter, bei dem die flüchtenden Deutschen Schutz suchten, wurde von den Soldaten ebenfalls mit der Waffe bedroht. In der äußersten Not ließ sich der deutsche Polizeibeamte gezwungen, ebenfalls von seiner Waffe Gebrauch zu machen, wobei einer der belgischen Soldaten erschossen wurde. Die sofort herbeigerufene französische Gendarmerie stellte den Tatbestand fest. Der deutsche Polizeibeamte, der ebenfalls eine Verletzung davongetragen hatte, wurde auf freiem Fuß belassen. Der getötete Soldat wurde durch die deutsche Polizei in das französische Lazarett in den städtischen Krankenhäusern übergeführt.

Kommunistische Forderungen.

Düsseldorf, 13. Nov. Die Erwerbslosen haben heute unter dem Druck junger Burken, sowie sozialistischer und kommunistischer Forderungen in den meisten Bezirken die Annahme der Unterstützungsfälle abgelehnt, die für drei Tage ausbezahlt werden sollten. Die Leute, die an den Bezirken zur Entgegennahme ihrer Unterstützungen erschienen, wurden gezwungen, sich einem Demonstrationzüge anzuschließen. In geheimen Zusammenkünften wurden die Erwerbslosen zu neuen Gewalttaten aufgehetzt.

Der Reichsverkehrsminister will organisieren.

Berlin, 12. Nov. Reichsverkehrsminister Döber hat für heute die Präsidenten der Reichsbahndirektionen nach Berlin berufen, um mit ihnen eine Reihe Fragen zu besprechen, deren Lösungen angeht. Der erste finanzielle Lage des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden müssen. In einer eingehenden Rede entwickelte der Reichsverkehrsminister sein finanzielles und wirtschaftliches Programm. Die Höchstleistung soll unter Ausnutzung jeden technischen Fortschrittes und mit geringem Aufwand an persönlichen und sächlichen Mitteln erreicht werden. Das Prinzip der größeren Ausbeutung der Eisenbahn muß allen andern Erwerbungen vorangehen sowohl im eigenen Betrieb als auch bei der Verflechtung der Mittel für Bauten und Beschaffungen. Die finanzielle Ausstattung durch das Reich an Geld für den Betrieb der Reichseisenbahn muß wegfallen, wenn überhaupt geordnete Verhältnisse im Reichshaushalt und damit in der Volkswirtschaft eintreten sollen. Eine volle wirkliche Dezentralisation der Verwaltung wird vorbereitet. Ein Fachvortrag über die Durchführung des Personalabbaues und der angeordneten Sparmaßnahmen für organisatorische Betriebe schloß sich eine eingehende Berechnung über die weiteren Maßnahmen.

Die Ausführungsbestimmungen des Regieabkommens.

Paris, 13. Nov. Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß der Delegierte des deutschen Eisenbahnministeriums, Geheimrat Balf, gestern früh in Mainz mit dem Direktor der interalliierten Regie, Briand, ein Abkommen unterzeichnet habe. Briand und Geheimrat Balf haben vereinbart, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung vom 1. November ab bis auf weiteres der interalliierten Regie täglich 400 Waggons der deutschen Eisenbahnverwaltung überlassen. Im Verlaufe der gestrigen Besprechungen wurde außerdem das Programm künftiger Konferenzen, auf denen technische Fragen zur Durchführung der in Düsseldorf getroffenen Vereinbarungen geregelt werden sollen, festgelegt. Die nächste Zusammenkunft ist auf den 16. November anberaumt.

Separatistische Wühlereien.

Die Separatisten in der Pfalz.

Kaiserslautern, 13. Nov. Die Lage in Kaiserslautern ist unverändert ruhig. Die Stadtverwaltung hat den Separatisten, die das Stadthaus besetzt halten, erklärt, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen, wenn das Stadthaus geräumt werde. Darauf haben sich die Separatisten auf dem Stadthaus zurückgezogen. Die Stadtverwaltung hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Speyer, 13. Nov. Die Lage ist unverändert. Wegen der abnehmenden Duldung der Bevölkerung wurde in den Nachmittagsstunden zur Verhütung von Ansammlungen in den Nebenstraßen der Hauptstraße, die nach wie vor durch französische Truppen besetzt ist, die Menge durch brennende Gasbomben auseinandergetrieben. Die Sonderbündler haben an die Beamten der Pfalz ein Ultimatum gerichtet, wonach jeder Beamter, der sich nicht schriftlich verpflichtet, unter ihnen weiter zu arbeiten, ausgewiesen wird. Regierungsrat Köppler ist gestern festgenommen und ausgewiesen.

Separatistische Ueberfall auf Limburg.

Limburg, 13. Nov. Der erwartete Angriff der Separatisten auf Limburg hat heute vormittag 10 Uhr eingelegt. Bewaffnete Banden kamen aus Dierich und gingen zur Attacke auf das Limburger Rathaus über. Ueber das Schicksal des Rathauses ist bis zur Stunde noch nichts bekannt. Die französischen Behörden sehen dem Angriff der Separatisten wohlwollend zu und haben die farbigen Truppen mit scharfer Munition ausgerüstet.

Sonderbündlerbanditen.

Duisburg, 14. Nov. Hier wurden in zwei aufeinander folgenden Nächten in der Nähe des Waldriedhofes im Wannheimer Ort vorübergehende Passanten von jungen Burken, in denen man Angehörige separatistischer Banden vermutet, überfallen und mit vorgehaltenem Revolver aller Wertgegenstände beraubt. Die in der zweiten Nacht Ueberfallenen stellten man in die Leichenkammer, wo sie gezwungen wurden, sich vollständig zu entkleiden, worauf sich die Burken mit den Kleidungsstücken entfernten.

Westfälische Goldmarkscheine als wertbeständiges Zahlungsmittel.

Die Landesbank der Provinz Westfalen gibt bekanntlich zuerst unter Bürgschaft der Provinz eine Westfälische Goldanleihe aus. Diese besteht aus 2 Reichen. Die erste Reihe ist eingeteilt in kleine Stücke zu 1 und 5 Dollar, unverzinslich, rückzahlbar Ende 1929. Die Stücke der Reihe 1 können jederzeit kostenlos in Stücke der Reihe 2 umgetauscht werden. Die Reihe 2 besteht aus Stücken von 10 Dollar aufwärts, ist mit 6 Prozent verzinslich und von 1930 ab tilgbar.

Der Westfälische Provinzialausschuß hat mit Rücksicht auf den

Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln die Genehmigung erteilt, die Stücke der Reihe 1 mit kurzen Fristen auszugeben. Die Landesbank hat nunmehr Westfälische Goldmarkscheine herstellen lassen, deren Vorderseite lautet:

1 Dollar = 4,20 Goldmark

Westfälische Goldanleihe der Landesbank der Provinz Westfalen.

Reihe 1, unter Garantie der Provinz Westfalen, ausgegeben auf Grund des § 3 der Satzungen der Landesbank der Provinz Westfalen und des Provinzialausschusses vom 17. September 1923. Die Direktion der Landesbank der Provinz Westfalen.

Die Rückseite lautet:

„Die Einkaufsfrist hat, falls nicht Fristverlängerung oder Fristverkürzung eintritt, vom 15. bis 28. Februar 1924 zu erfolgen. Die Einkaufsfrist richtet sich nach Wahl der Landesbank zum Durchschreibensbriefkurs der Berliner Börse für Auszahlung New York an den drei dem Beginn der Einkaufsfrist vorangehenden Börsentagen in gesetzlicher Währung oder gegen Lieferung von 6 Prozent Westfälischer Goldanleihe Reihe 2. Mit Ablauf der Einkaufsfrist verliert dieser Schein seine Gültigkeit.“

Diese westfälischen Goldmarkscheine unterscheiden sich von den sonstigen wertbeständigen Zahlungsmitteln dadurch, daß sie nicht gegen Papiermark gekauft werden können; sie können nur „geliehen“ werden, mit der Verpflichtung, am Einkaufstermine die Stücke zurückzugeben oder den Tageswert zu beschaffen.

Die Landesbank gibt diese Stücke nicht an jedermann aus, sondern nur an Banken und Sparkassen, die sie unter ähnlichen Bedingungen weitergeben werden, und zwar stets nur gegen wertbeständige Sicherheit. Wer also solche wertbeständigen Zahlungsmittel haben will, muß sich an eine Sparkasse oder Bank wenden.

Stadt und Land.

Lübentfeld, 14. November.

Rentenmarkkonten bei den Sparkassen. Nach Erscheinen der Rentenmark wird von den deutschen Sparkassenverbänden die Einrichtung von Rentenmarkkonten durchgeführt werden. Es ist eine Verzinsung von 2 bis 3 v. H. vorgesehen. Der wertbeständige Sparverkehr soll sich jedoch nach wie vor auf die Goldmarkkonten stützen.

Polizeibericht vom 10. bis 13. Nov. Einbrecher schleppten aus einer Fabrik, in die sie durch ein unverschlossenes Abortfenster einbrachen, 56 Silber- und 3 Nickelgroschen im Gesamtwert von 900 Millionen Mark heraus. — Zwei Diebe und zwei Helfer wurden festgenommen, die in einem Treibriemenblech in Brücke verwickelt waren. — Angezeigt wurden 12 Betrunkene wegen nächtlicher Ruhestörung und groben Unfugs drei Hauselgentümer wegen unerlässlicher Straßenreinigung. — Wegen Wuchers mit Kleidungsstücken, wegen Preistreiberei mit Kartoffeln und mit Turnschuhen wurden drei Händler angezeigt. Wegen Leihumschulden machte sich ein Fuhrunternehmer schuldig. — Wegen Preistreiberei mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen wurden 48 Fälle im Monat Oktober 1923 gemeldet; polizeiliche Handelsunterlagen erfolgten in fünf Fällen.

Nachbarschaft Werkschlag fordert einen weiteren Nachbeitrag, wie aus einer Anzeige ersichtlich ist.

Wertbeständige Zahlungen auch für Pensionäre. In der gleichen Anweisung des Reichsministers an die Reichsbank, die anordnet, daß den Beamten zehn Prozent ihrer Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausbezahlt werden, heißt es, daß auch die Bezüge der Pensionäre und der Hinterbliebenen, die von einer Reichskasse unmittelbar bezahlt werden, in derselben Weise mit wertbeständigen Zahlungsmitteln auszuzahlen sind. Erst jetzt die Zulassung dieser Bezüge durch Post- oder Zahlungsanweisungen, so sind diese wie bisher in Papiermark auszufertigen. Die Auszahlung dieser Anweisungen, die den Beamten Bezüge aus der Staatskasse tragen müssen, erfolgt durch die Postverwaltung soweit wie möglich in demselben Umfang in wertbeständigen Zahlungsmitteln wie bei den Zahlungen durch die zuständige Reichskasse unmittelbar.

4,8 Billionen steuerfrei. Durch die Erhöhung der Verhältniszahl von 20 000 auf 300 000 bleibt in der Woche vom 11. bis 17. November für einen Ledigen ein Einkommen von 4,8 Billionen Mark steuerfrei. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat keine Steuern zu entrichten, wenn sein Lohn in der kommenden Woche 12 Billionen 269 Milliarden nicht übersteigt.

Der Tarifwahn. Zeitig bei der Eisenbahn schon böse Früchte. Arbeiter, die auswärts Verdienst fanden, müssen ihre Fahrten einstellen, da die Preise dafür unerschwinglich sind. Viele Reisende, die unbedingt ihr Ziel erreichen mußten, ihre Geldbörse nicht nach dem über Nacht eingetretenen neuen Tarif einrichten konnten, wurden ohne Fahrkarten angetroffen. Die Züge leeren sich in bedenklicher Weise, sobald eine weitere Einschränkung des Verkehrs und damit auch weitere Entlassungen von Eisenbahnbeamten erfolgen müssen. Auch die Ernährung der Bevölkerung leidet unter dieser Tarifwahn. Manche Geschäftsleute, die ihre Ware selbst abzuholen gezwungen sind, erklären, sie bei diesen Preisen für Fahrgehalt und Fracht nicht mehr herbeischaffen zu können.

Eisenbahntarife. Am 1. Dezember werden die Einheitspreise für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr von 9,9 und 19,8 Pfg. auf 6,6 und 13,2 Pfg. für 1 km herabgesetzt. In der gleichen Weise werden auch die Schnellzugzuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis der einzelnen Klassen, das heute 1 : 1½ : 4,8 : 9,7 beträgt, ist damit 1 : 1½ : 3 : 6.

Vom 20. November d. J. ab wird der Gepäktarif der Reichseisenbahn dahin ermäßigt, daß er nach dem um 20 v. H. erhöhten Gültigkeit berechnete wird. Als Mindestgewicht werden 20 Pfg. erhoben, das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

Reichsbahngehalt. Die von der deutschen Reichseisenbahn zur Behebung der Bargeldmangelnot eingeführten allgemeinen Postgeldscheine werden, wie nochmals hervorgehoben sei, an allen Kassen angenommen. Auch die Reichsbankstellen sind vom Reichsbankdirektorium ermächtigt worden, die Scheine als Zahlungsmittel anzunehmen. Dagegen muß der Geltungsbereich der von den einzelnen Reichsbahndirektionen herausgegebenen Gutschein zur Vermeidung einer gefälschten Unsicherheit im Geldverkehr auf die Bezirke der Reichsbahndirektionen, die die Scheine verausgabte haben, beschränkt bleiben.

Sozial- und Kleinrentnerfürsorge. Zu der für die erste Novemberhälfte gewährten Sozialrentner- und Kleinrentnerunterstützung, die (ohne Familienzuschläge) im Höchstfall 45 675 000 000 Mark beträgt tritt nach der Verordnung vom 2. d. M. eine Nachzahlung bis zum dreieinhalbfachen dieser Unterstützung. Der Höchstbetrag der Nachzahlung ist daher 159 863 000 000 Mark. Die Nachzahlung soll möglichst beschleunigt erfolgen. Die erforderlichen Reichsmittel sind den Ländern und Regierungspräsidenten bereits zugeteilt, mit Rücksicht auf die besonders heftige der letzten Tage ist ferner beabsichtigt, die Unterstützung für die zweite Novemberhälfte schon vor dem 15. November, und zwar möglichst bald nach

der Veröffentlichung der maßgebenden Reichsindizes vom 8. d. M. Monats auszugehen.

Falsche Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark und über 5 Milliarden Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark und dem Datum des 10. Septembers 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Papierschutze und in ein im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Sicherheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — unsicher zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungen werden belohnt und dafür führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Westfalen und Rheinland.

Bielefeld, 13. Nov. (Gefasste Eisenbahnräuber.) Übermorgen machte die hiesiger Kriminalpolizei einen guten Fang durch die Festnahme von drei jungen Buren, denen umfangreiche Eisenbahnraubzüge bezug. Verabredungen nachgewiesen werden konnten. Die jugendlichen Spitzbuben, darunter zwei Gebrüder, deren Vater wegen gleicher Diebstähle eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten zu 3. verurteilt, haben, jeder für sich, ein ganzes Warenlager Margarine, Kaffee, Seife, Tisch-, Bett-, Leibwäsche, einen großen Kasten Wolltücher usw. zusammengekauft. Die Diebe, die bei einem Spektakel in Hagen als Arbeiter beschäftigt wurden, gingen bei ihren Räubereien sehr froh vor. Sie kletterten auf die im Rangiergleis stehenden Wagen im Bahnhof Eder, erbrachen sie, verteilten den Inhalt und warfen alles, was sie für brauchbar hielten, auf den Bahndamm, wo sie es später abholten.

Münster, 13. Nov. (Ein Treuergelöbnis des Westfälischen Provinzial-Landtags.) Der Westfälische Provinzial-Landtag nahm eine Entschließung einstimmig an, in der das Treiben der Separatisten scharf gegetzt wird. Jeder Gedanke einer Loslösung von Deutschland sei aufs schärfste zu bekämpfen. Den Opfern des Ruhrkampfes soll jede Unterstützung zukommen. Die bürgerlichen Parteien werden aufs schärfste verurteilt.

Börsen, 12. Nov. (Gefasste Devisenklieber.) Bei einer am Mittwochabend erfolgten Sprengung einer wilden Börse am Hauptbahnhof Süd sind 20 Personen verletzt worden. Es ist festgestellt, daß selbst die neue Heidenmarkt (hier dort gehandelt worden ist, und zwar bis zum Aufbruch ihres Kennzeichens, Devisen wurden vielfach bis zum vierfachen Kurse gehandelt. Nach erfolgter Sprengung der Börse fand eine Durchsuchung des nebenanliegenden Gebäudes des Mittelbahnhofs statt. Hier wurden: Oliver, Patronen, Dolche, Schlagschläger, Dietrich, falsche Pässe, Karten, Knobelbecher, 200 alte Tausendmarktscheine mit den roten Stempeln Uhren vorgefunden, welche die charakteristischen Händler schnellstens über Bord geworfen hatten. Der Platz wurde von zerrissenen Papieren aus den Westentaschen und unzähligen dieser wilden Börsenspekulanten.

Duisburg, 14. Nov. (Mazzia bei Devisenkliebern.) Die Polizei ging dieser Tage dem wilden Devisenhandel, der sich am Hauptbahnhof und in der Rhönstraße täglich immer ungelierter breit machte, energisch zu Leibe. Zahlreiche Personen wurden festgenommen, bei denen große Summen ausländischen Geldes beschlagnahmt wurden. Mehrere Angeklagte wurden zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Opladen, 10. Nov. (Eine Entschließung der Bürgermeister.) Die im Kreisheute in Opladen am 9. November verammelten Bürgermeister des Landkreises Solingen und die Kreisverordneten des Kreistages haben mit Zustimmung von dem Ausschuss für die Wahlen Kenntnis genommen. Sie verurteilen einstimmig solche wahnwitzigen Störungen unseres inneren Friedens, die jede Rücksichtnahme auf die bedrohte äußere Lage des Reiches, insbesondere des Rheinlandes, vermissen lassen. Sie wollen festhalten am Reich und seiner Verfassung. Deshalb wenden sie sich mit gleicher Kraft gegen die Untriebe der Sonderbündler in jeder Form und erbitten in dem heftigsten Abwehrkampf der Rheinländer einen begeisterten Lichtpunkt in der Dunkelheit unserer Tage.

Rhein, 12. Nov. (Zeiterischeinungen.) Anscheinend infolge der traurigen Zeitläufte geistesgestört erschien dieser Tage in einem Warenhaus an der Hofstraße eine Frau, betete den Rosenkranz und warf ab und zu Willkürscheine um sich. Ein Briefträger wurde vom Richtergericht zu fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Strompreise. Für die am 12., 13. und 14. November abgelesenen Bezirke 1, 2 und 3 betragen die Strompreise für Licht und Kraft bis 60 Volt Monatsverbrauch 80 Milliarden, bei mehr als 60 Volt Monatsverbrauch für Licht 40 Milliarden, für Kraft 40, 37, 35, 32 und 30 Milliarden.

Wertbeständige Voraus- bzw. Abschlagszahlungen werden jeden Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag vorm. von 1/9 bis 12 Uhr entgegen genommen.

Südt. Elektrizitätswerk.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 7 der Kreisverordnungen für den Kreis Altena betr. das Kreisgewerbeamt vom 20. März 1903 hat der Kreisaußenrat den Amtsbeordneten Beider zu Halber zum Vorsitzenden, den Amtsbeordneten Dahlhaus zum 1. Stellvertreter und dem Amtsbeordneten Hüttenbräuer zum 2. Stellvertreter den Vorsitzenden der Gewerbeamtstammer Halber auf die Dauer von 6 Jahren gewählt.

Altena, den 10. November 1923.
Der Vorsitzende des Kreisaußenrates:
J. W. Brancaglio, Regierungsdirektor.

In der Privatklage der Ehefrau **Elever in Lüdenscheid**, Privatklägerin, gegen den Handlungsgehilfen **Hofes Krauß in Altena**, Angeklagter, wegen Verleumdung hat das Schöffengericht in Lüdenscheid am 18. Oktober 1923 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung der Privatklägerin zu einer Geldstrafe von 10 (zehn) Millionen Mark, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle 10 Tage Gefängnis treten verurteilt. Der Privatklägerin wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils innerhalb vier Wochen nach Zustellung durch einmalige Veröffentlichung im „Lüdenscheider Zeitung“ auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen. Die Kosten des Verfahrens sollen dem Angeklagten zur Last.

An unsere Leser!
Denken Sie bitte zuerst an die „Lüdenscheider Zeitung“, wenn Sie eine Familien-Anzeige an Ihren Freunden und Bekanntenkreis zu richten haben.

Geldstrafe verurteilt. Er hatte einem Kunden zehn Zentner Briefs verkauft, forderte aber, als der Kunde die Briefs abholen wollte, eine Nachzahlung, widrigenfalls er ihm nur 7 Zentner liefern würde. — Unter den Geschworenen bei der gegenwärtigen seiner Schwurgerichtstagung befinden sich vier Hausfrauen und eine Schriftstellerin.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 12. Nov. Der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Hermann Visco, ist gestorben. Er war im Oktober 1909 zum Staatssekretär des Reichsjustizamtes ernannt worden und hat das Amt vier Jahre lang verwaltet. Auch als Fachschriftsteller hat er sich hervorgetan.

Königsberg (Pr.), 10. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittags und heute vormittag wurden in verschiedenen Stadtteilen Plünderungen von Bäckereien und Fleischerläden ausgeführt, an denen Erwerbslose und zum größten Teil jugendliche Elemente beteiligt waren. Die Polizei stellte ohne Waffengebrauch überall die Ruhe wieder her und nahm eine größere Anzahl Beteteiligter fest.

Budapest, 10. Nov. Die Angelegenheit des Abg. Main und Genossen wird auf Grund eines Ministerratsbeschlusses standrechtlich erledigt werden.

Landau, 10. Nov. Die Separatisten sind aus Landau zum größten Teil wieder abgezogen, da die Bevölkerung sich ihnen gegenüber völlig ablehnend verhielt. Heing-Orbis hat nach der Neuen Pfälzischen Landeszeitung den Kreistag für aufgelöst erklärt.

München, 10. Nov. Der Deutsche Bauernbund (Abteilung Franken) hat eine Erklärung erlassen, daß er treu hinter der verfassungsmäßigen Regierung stehe. Jede ungelegliche Verletzung der ordentlichen Regierung werde er mit den schärfsten Maßnahmen bekämpfen und sich allen Versuchen widersetzen, die Reichsregierung und Reichsverfassung zu stürzen.

Hannover, 13. Nov. (Opfer der Zeit!) In der letzten Woche machten allein in Bernigerode 11 Personen ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende. In jedem Falle handelte es sich um Menschen, die die Verzweiflung zu diesem Schritte trieb.

Breslau, 10. Nov. In Streblen brannte in der letzten Nacht eine Zuckerfabrik vollkommen nieder. Es wurden dabei 15 000 Zentner Zucker u. viele tausend Zentner Rübenschnitzel vernichtet. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen; der Schaden ist nicht abzuschätzen. Die für den Winter bereits angeworbenen Arbeiter sind durch das Großfeuer nun arbeitslos geworden.

Spiel und Sport.

Schwimmen.

Der Lüdenscheider Schwimmverein 1901, dessen frühere sportlichen Veranstaltungen bei der Lüdenscheider Schwimmport-Gemeinde noch in gutem Andenken stehen dürften, hat sich für kommenden Sonntag, den 18. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, den Frierloher S.-B. zu einem Klubwettkampf in's Schillerbad zu Gast geladen. Die Frierloher, von denen die Herausforderung ausging, verfügen über einen ausgezeichneten Wettkampfschwimmer, der der Wettkampfschwimm-Mannschaft des S.-B. in den verchiedenartigen Kämpfen seine Meisterschaft beweisen will.

Der Lüdenscheider S.-B. 01 benutzt diese Gelegenheit gerne, verbend für die Schwimmhalle in unserer Heimatstadt einzutreten. Für Eltern und Lehrer, ihr Jungen und Mädchen, kommt schauen und begreifen! Der erste Kampf, der mutige Sprung und das fröhliche Spiel im Wasser sollen Euch ermuntern zu gleichem Tun. Tausendfältig muß heute der Ruf erschallen: Kommt Schwimmen! Die Stadtväter haben Euch eine Badeanstalt gegeben, wie sie ihresgleichen sucht. Die Stadtväter halten in der schwersten Zeit in der Erkenntnis von dem furchtbaren Verfall der Volksgesundheit die Badeanstalt unter schweren Opfern für die Allgemeinheit geöffnet. Lohnt es der Badeanstalt durch eifrigen Besuch! Laßt Euch am Sonntag durch Schauen von Kampf und Spiel den Wunsch nach gleicher Betätigung in die Herzen pflanzen. Wir wollen Freude und Lust am Wassersport finden, um Abhärtung, Kraft und Gesundheit für unser Volksganzes zu ernten. Gut Paß!

Fußball.

Letzte Resultate:
1860 — Eppenhäuser 2:1;
Reheim 08 — Sportsfreunde Siegen 1:4;

Sportunion — Arnberg 5:1;
Union Haspe — Menden 7:1;
Borhalle 09 — Schwerte 06 2:3;
Lüb 61 — Zahn Werder 5:1; Halbzeit 1:1, Eden 4:8;
Hüsten — Rapsenpöhl 1:4;
Letmathe — Lichtenplatz 1:0;
Grünwald 2. — Lüb. 61 2. 0:2;
1860 4. — Eppenhäuser 4. 1:0.

Jugendspiele:
Halver 2. — Lüb. 3. 7:1;
Rapsenpöhlverein 1a — Sportunion 1a 3:1;
Edeley 1a — 1860 1a 0:1;
Eppenhäuser 1a — Tg. Breußen 1a 0:1.

Handball:
1860 — Schupo Hagen 2:2;
WfR. 63 Hagen — WfR. Haspe 1:0.

Tabelle der Kreisliga Sauerland am 4. 11. 1923.

Verein	Spiele	Gewonnen	Unentschieden	Verloren	Tore für	Tore gegen	Punkte
Lüdenscheid 1861	18	13	3	2	38	21	29*
Rapsenpöhlverein 1900	15	11	3	1	47	13	25*
B. f. R. Arnberg	17	11	1	5	41	33	23*
Sp. B. Frierlohn	18	9	4	5	30	26	22*
Eintracht-Lübbecke	17	8	3	6	38	40	19
Sport-Union Hagen	18	7	3	8	22	28	17
Union Haspe	17	6	4	7	38	36	16
Sp.-B. Hüsten	17	5	5	7	27	31	15
Sp.-B. Schwerte	16	3	7	6	21	28	13
Borhalle	18	3	6	9	21	26	12
Menden	19	5	2	12	25	39	12
Gemeinde Breußen	18	2	1	15	24	51	5
	208	83	42	83	372	372	208

* Protest.

Handel und Wirtschaft.

Ämtliche Notierung der Rentenmark?
An der Börse verlautete, daß eine ämtliche Notierung der Rentenmark und der Rentenbanknoten vorbereitet werde. Die Notierung soll am 15. November in ähnlicher Weise wie die Devisennotierung erfolgen. Eine Befestigung an zünftiger Stelle zu erlangen, war noch nicht möglich.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 12. Nov. Zum heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 119 Stück Großvieh, 125 Fäbber, 109 Schafe, 446 Schweine. Es wurden bezahlt in Milliarden: Bullen: Beste Qualität 270—300, jüngere 230—270, mäßig genährte 150—230. Fäbber: Beste Qualität 290—320, 4—7 Jahre 230 bis 320, wenig genährte 120—200. Fäbber: Feinste Mastfäbber 350, mittlere 300—350, geringe 200—300, Saugfäbber 180 bis 250. Schafe (Weidemaß): Mastlamm 280—300, geringe 150 bis 280. Schweine: Ueber 150 Kilo 400, über 120—150 Kilo 350—400, über 100—120 Kilo 350—400, über 80—100 Kilo 300 bis 350, unter 80 Kilo 200—300. — Marktverlauf: mittel. Preise für 1 Pfund. In den Preisen ist die Frucht, Gewichtsverlust, Viehhofgebrauch, Umschlag und Händlergewinn einbezogen.

Berlin, 13. Nov. Produktmarkt. Weizen: märk. 180—184, Roggen märk. 172—176, Gerste: 168—172, Hafer märk. 159—161, Weizenmehl 29—31,5, Roggenmehl 28—31, Weizenkleie 8—8,5, Roggenkleie 8—8,5, Vitoriaerbsen 43—52, kleine Speiseerbsen 33—36, Pelusierbsen 18—20, Seradella 20—23, Rapskuchen 11—14, Trodenkorn 7,75—8, Dorsfela 7, Kartoffelflocken 15,5—16.

Auswärtige Theater und Konzerte.

Schauspielhaus Hagen i. W.

Die am Donnerstag den 15. Nov. stattfindende Aufführung „Die lustigen Weiber von Windsor“ ist für die Reihen Grün, Gelb und Blau des Bühnenvolksbundes. Die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung machten eine Verschiebung der angelegten Operette „Der Bettelstudent“ notwendig.

Altpapier

Alten, Bücher sowie Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Papier- und Pappeinfälle jeglicher Art kaufen laufend zu Tagespreisen. Für Vernichtung leisten wir volle Garantie.

Büromöbel

Rollaloufieschränke

Diplomaten

Schreibmaschinentische

Gessel, Stühle

große Auswahl

Fernruf 1185.

Papierhaus Sasse,

Wilhelmstraße.

Größer. Büro- u. Lagerräume

sind in meinem Büro- und Lagerhaus an der Altenaerstraße noch zu vermieten. Bevorzugt werden solche Interessenten, die gegen langjährige Miete Grundstücke in Tausch geben können.

Georg Schmidt, Sauerfelderstr. 12.

Fernruf 322/1332.

Tücht. Formenmacher

sofort nach dem Essig gesucht. — Offerten unter Chiffre A 4360 Q an Publicitas, Basel, (Schweiz).

Fichten-Schleifholz

Stammholz

Grubenholz

in jeder Menge ab Wald oder frei

Waggon sowie hierzu geeignete

Waldbestände

zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht.

Vermittler erhalten hohe Provision.

Wendenbach & Born, Holagrobhölz.

Siegen i. Westfalen.

Er erscheint täglich mit Sonn- und Feiertagen. Der Preis beträgt wöchentlich 1 Mark. Einzelnummer: 30 Mark.

Nr. 268.

Das Ne

Nach einem Beschluß des nächsten Vollzugs am finden.

Der Reichsfinanzminister der Ausgabe der Rentenmark.

Auf der Reichsausstellung Dezember stattfindend über die politische Lage.

Der Oberpräsident der Provinz, wonach die in den nächsten Worten.

Die spanische Regierung Handelsverträge mit Deutschland vor.

Der Herzog von Cumberland um drei Uhr gestorben.

Wie erst jetzt bekannt wird der Heideberger Uni.

Der österreichische Landtag des Hauptmanns, in der in herzlichen Worten.

Die Sammlung im ganzen.

Ämtliche Ku

Dollar: 1,26, Gold.

Provinzial-L

Koblenz, 13. Nov. Heute eine Abordnung des Reichs.

Die Abordnung brachte folgende Mitteilung: Die Frage der politischen, die Frage der politischen, die Frage der politischen.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.

Die Kommission der allgemeinen politischen Fragen erörtert werden können.